



Pressemitteilung

Kürzung des EU-Schulprogramms zu Lasten der Gesundheit unserer Kinder

Grüne fordern Erhöhung der Mittel im Nachtragshaushalt

Kinder mit gesundem Essen versorgen – das ist das Ziel des EU-Schulprogramms, das es in dieser Form seit 2017 gibt. Denn Übergewicht und ungesunde Ernährung werden weltweit, auch in Bayern, zu einer immer größeren Herausforderung. Allein in Bayern wurden laut bayerischen Agrarbericht im Schuljahr 2022/23 damit 769 487 Kinder mit Obst und Gemüse sowie 362 766 Kinder mit Milchprodukten versorgt.

Das Problem: viele Kitas und Schulen in Bayern haben aktuell ein Schreiben erhalten, dass die Mengen um die Hälfte gekürzt werden. Eine Kürzung der EU-Gelder ist weder im Haushaltsplan noch im Agrarbericht ersichtlich – die Kürzungen kommen also von bayerischer Seite. „Und das, obwohl aufgrund der gestiegenen Preise für Obst und Gemüse in den letzten drei Jahren die Mengen pro Kind sowieso schon gesunken sind“, so Landtagsabgeordnete Laura Weber, Verbraucherschutzpolitische Sprecherin und damit zuständig für den Bereich Ernährung der Grünen Landtagsfraktion.

Eine Kürzung der Maßnahmen sei das absolut falsche Signal in schwierigen Zeiten, so Weber. „Wir müssen mehr anstatt weniger Anstrengungen für eine gesunde Ernährung unserer Kinder und Jugendlichen unternehmen“, betont die Abgeordnete. Auch der soziale Aspekt des Schulprogramms, von dem vor allem Kinder aus schwierigen Verhältnissen profitierten, sei nicht zu unterschätzen. Der bevorstehende Anspruch auf Ganztagsbetreuung ab 2026 verschärfe das Problem noch, denn viele Kinder würden dann noch mehr Zeit an den Schulen verbringen.

„In Zeiten knapper Kassen sollten nicht ausgerechnet die Jüngsten unter Sparmaßnahmen leiden, sondern sicher mit nachhaltigen und gesunden Lebensmitteln versorgt werden. Wir Grünen fordern, dass die Staatsregierung in einem ersten Schritt wenigstens die inflationsbedingte Mengenkürzung ausgleicht“, so Weber. Dazu hat die Grüne Landtagsfraktion einen Änderungsantrag zum Nachtragshaushalt (Anhang) vorgelegt, der eine Erhöhung der Landesmittel um 500 000 Euro vorsieht. So kann auch weiterhin die Belieferung der Schulen und Kitas mit Obst, Gemüse und Milchprodukten sichergestellt werden.

Die Kürzung der Mittel betrifft jedoch nicht nur die Kinder in Kitas und Schulen, sondern auch die bayerischen Landwirtinnen und Landwirte. Bereits über 530 Lieferanten aus Bayern beteiligen sich an der Belieferung von Schulen und Kitas. Hinzu kommt, dass die Kürzungen im Schulprogramm auch das 30%-Bio-Ziel bis zum Jahr 2030 der Staatsregierung torpedieren. Denn bereits 63% des Obst- und

Tim Pargent

Stv. parl. Geschäftsführer
Stv. Fraktionsvorsitzender
Fraktion
BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Finanzpolitischer Sprecher
Mitglied im Ausschuss für
Staatshaushalt & Finanzfragen

07.03.2025

Landtagsbüro
Maximilianeum
81627 München
Telefon +49 89 4126 2778

Regionalbüro
Kirchgasse 20
95444 Bayreuth
Telefon +49 921 471 72
Fax +49 921 471 73

tim.pargent@gruene-fraktion-
bayern.de

Gemüses und 80% der Milchprodukte des EU-Schulprogramms stammen aus Bio-Qualität.

Tim Pargent, MdL aus Bayreuth: „Für viele Landwirtinnen und Landwirte in Oberfranken ist das fatal. Denn sie haben sich mit der Belieferung der Schulen und Kitas in den letzten Jahren ein neues betriebliches Standbein aufgebaut und müssen nun massive Einbußen hinnehmen.“

Laura Weber: „Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber schreibt sich gerne nachhaltig und regional auf die Fahnen und verspricht höchsten Einsatz für das Bio-Ziel 2030. Für dieses Ziel wird ohnehin viel zu wenig unternommen; aber mit den Kürzungen beim Schulprogramm verschärft sie das Problem noch und entzieht genau den Betrieben die Grundlage, die ökologisch und regional Lebensmittel erzeugen. Ich fordere die Staatsregierung auf, den Rotstift wieder wegzulegen und politische Ziele und reale Nachfrage zusammenzubringen. Sonst wird das nichts mit dem Erhalt der vielfältigen und bäuerlichen Landwirtschaft!“

Zum Hintergrund:

Im EU-Schulprogramm erhalten Kinder von 3 – 10 Jahren in Kindergärten, Häusern für Kinder und Schülerinnen und Schüler der 1.– 4. Klassen in Grund- und Förderschulen kostenlos bevorzugt regionales und saisonales Obst, Gemüse und Milch und Milchprodukte. Das EU-Schulprogramm wird aus Landes- und EU-Mitteln finanziert. Bewerbung und Durchführung des Programms ist Ländersache.

Die begleitenden pädagogischen Maßnahmen wie Unterrichtseinheiten oder Bauernhofbesuche sollen den Kindern zudem landwirtschaftliche Erzeugung und eine Vielfalt an landwirtschaftlichen Erzeugnissen nahebringen. Darüber hinaus sollen Kinder in diesem Zusammenhang auch auf die Themen gesunde Essgewohnheiten, Vermeidung von Lebensmittelabfällen, lokale Nahrungsmittelproduktionsketten oder ökologischen Landbau aufmerksam gemacht werden. Das Ziel: Essen und Ernährungsbildung sollen zusammengedacht werden.